

Sehr geehrte Damen und Herren,

haben Sie vielen Dank für Ihre Fragen zum Thema Rente, die ich wie folgt beantworten möchte:

Für uns Freie Demokraten steht fest, dass die gesetzliche Rente auch in Zukunft für die Mehrzahl der Menschen ein wesentlicher Bestandteil des Alterseinkommens sein wird. Sie wird aber in den meisten Fällen nicht ausreichen, um den Lebensstandard im Alter zu sichern. Denn es ist unumgänglich, das Rentenniveau an die demografische Entwicklung in Deutschland anzupassen. Als einzige Alternative zu drastisch steigenden Beitragssätzen zulasten der jüngeren Generationen ist eine zusätzliche private und – wenn möglich – betriebliche Altersvorsorge daher unverzichtbar. Unser Berufsleben wird zudem immer bunter. Gerade in der digitalen Arbeitswelt wird sich auch die berufliche Situation vieler Menschen häufiger verändern. Sie können öfter zwischen Anstellung und Selbstständigkeit, Voll- und Teilzeit sowie In- und Ausland wechseln. All das muss ohne Nachteile für die eigene Alterssicherung möglich sein. Wir Freie Demokraten wollen deshalb die Altersvorsorge nach dem Baukastenprinzip organisieren. Es muss ganz selbstverständlich werden, dass eine individuelle Kombination flexibler Elemente das spätere Alterseinkommen ausmacht. Betriebliche und private Altersvorsorge müssen dazu attraktiver werden. Zum Beispiel durch mehr Verbraucherfreundlichkeit und Vergleichbarkeit der Produkte. Zudem wollen wir die ergänzende Altersvorsorge auf eine breitere Basis stellen, indem wir in allen Bereichen geförderter Altersvorsorge die Möglichkeit ausweiten, auch in Infrastruktur, Aktien und andere Unternehmensbeteiligungen zu investieren. So könnte die Mitte der Gesellschaft auch stärker an den Chancen von Globalisierung und Digitalisierung teilhaben. Wir wollen zudem, dass die Riester-Förderung künftig allen zur Verfügung steht und die Doppelverbeitragung in der Kranken- und Pflegeversicherung für alle Konzepte der betrieblichen und privaten Altersvorsorge aufgehoben wird.

Statt das Rentenniveau auf Kosten der jüngeren Generationen anzuheben, halten wir es im Kampf gegen Altersarmut für sinnvoller, die Einkünfte aus privater und betrieblicher Altersvorsorge nur teilweise auf die Grundsicherung im Alter anzurechnen. Auch über die vorgesehenen Begrenzungen soll Vorsorge nur prozentual die Leistungen aus der Grundsicherung mindern. Denn freiwillige Altersvorsorge muss sich für jeden immer auszahlen. Damit den Menschen mehr Spielraum für zusätzliche Vorsorge bleibt, wollen wir sie deutlich von Steuern und Abgaben entlasten und dadurch endlich wieder eine faire Balance zwischen Privat und Staat herstellen.

Wir Freie Demokraten wollen zudem allen Älteren einen flexiblen Übergang in den Ruhestand ermöglichen. Dazu wollen wir ein politisch festgelegtes Renteneintrittsalter und die Hinzuverdienstgrenzen abschaffen. Ab 60 soll künftig jeder selbst entscheiden können, wann er in Rente geht. Wer früher in Rente geht, bekommt eine geringere, wer später geht, eine entsprechend höhere Rente. Voraussetzung für den früheren Renteneintritt ist nur, dass das Einkommen aus gesetzlicher Rente und sonstiger Altersvorsorge über dem Grundsicherungsniveau liegt. Ebenso muss sichergestellt werden, dass die länger arbeitenden Älteren bei der Rentenbesteuerung nicht durch die Erhöhung des zu versteuernden Rentenanteils „bestraft“ werden. Die Grundlagen für die gesetzliche Rente müssen im Osten und Westen unseres Landes gleich sein. Die Höhe der Rente berechnet sich anhand der

durchschnittlichen Lebenserwartung der jeweiligen Generation und kann sich über die Jahre verändern. Dieser jahrgangsindividuelle Faktor sorgt für eine solide Finanzierung und einen fairen Ausgleich zwischen den Generationen. Damit trägt jede Generation ihre eigenen Kosten und bürdet sie nicht den nachfolgenden Generationen auf. Politische Eingriffe in die langfristige Rentenformel lehnen wir ab. Für uns ist es eine Frage der Generationengerechtigkeit, zielgenau vorzugehen und Fairness für Großeltern, Kinder und Enkel zu schaffen. Dazu zählt auch, dass sämtliche versicherungsfremde Leistungen, die im gesamtgesellschaftlichen Interesse erfolgen, aus Steuermitteln und nicht mehr aus den Sozialkassen finanziert werden. Dies wollen wir durch eine Schuldenbremse 2.0 im Grundgesetz verankern.

Mit freundlichen Grüßen
Robert Bläsing

--

Robert Bläsing
Vorsitzender FDP Hamburg-Nord
Landesvorstandsmitglied FDP Hamburg

Mobil: 0152 0 / 9 08 73 28

E-Mail: robert.blaesing@fdp-hh-nord.de

Internet: www.robert-blaesing.de

Facebook: www.facebook.com/RobertBlaesingFDP

Twitter: www.twitter.com/RobertBlaesing

Instagram: www.instagram.com/robertblaesing

Snapchat: robertblaesing